

Eine Kuh macht noch keine Wende

Die Landwirtschaft soll grüner werden – doch trotz Verkaufsrekorden bleibt der Ökolandbau eine Nische.

Von Georg Etscheid

Das Corona-Jahr war ein gutes Jahr für die Biobranche. Zwischen 15 und 20 Prozent mehr als im Vorjahr setzte der Fachhandel 2020 mit Biolebensmitteln um. Supermärkte und Discounter meldeten noch bessere Zahlen. Der selbstständige Unternehmensberater Klaus Braun, der sich auf Biohändler spezialisiert hat, erklärt das so: "Die Leute konnten nicht mehr ins Restaurant gehen und haben mehr und besser zu Hause gekocht. Sie haben sich vernünftiger, gesünder und teurer ernährt. Emotionale und geldwerte Budgets wurden frei, das hat auch Bio einen Schub gegeben."

Reichlich Jubelmeldungen also zum Auftakt der Nürnberger Messe BioFach. Doch gemessen an den eigenen Ansprüchen wirkt die Realität trist. Erst sechs Prozent des Gesamtumsatzes im Lebensmitteleinzelhandel werden mit zertifizierter Bioware erzielt. Trotz der hohen Wachstumsraten ist der Biomarkt eine Nische – und bleibt es vermutlich.

Für die biologische Landwirtschaft gelten strengere Regeln als für die konventionelle. Auf Äckern dürfen keine chemisch-synthetischen Pestizide verwendet werden, Nutztieren dürfen keine Antibiotika verabreicht werden. Das macht die Produktion aufwendiger, was sich im Preis niederschlägt. Biomilch, -eier, -mehl und -karotten gehen trotzdem vergleichsweise gut weg, das überdurchschnittlich teure Biofleisch aber kaum.

Gerade mal zehn Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe hierzulande arbeiten nach Biostandards. Dabei ist es schon eine gefühlte Ewigkeit her, dass die damalige Landwirtschaftsministerin Renate Künast (Grüne) 2002 verkündete, binnen einer Dekade sollten 20 Prozent aller landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland biologisch bewirtschaftet werden. Die Frist ist lange verstrichen, der Anteil der Biofläche beträgt heute bloß sieben Prozent.

Die Europäische Union hat nun ein neues Ziel. Bis 2030 strebt sie einen Bioflächenanteil von 25 Prozent an. Um diesen Wert zu erreichen, müsste Deutschland seine Agrarstruktur allerdings stark umbauen. Die Ökofläche im Gemüse- und Weinanbau müsste verdreifacht, die im Ackerbau sogar verfünffacht werden. Im Auftrag der Umweltorganisation Greenpeace hat das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung ausgerechnet, dass allein dafür eine Milliarde Euro Fördergeld benötigt würde. Das wäre dreimal mehr als heute in die Unterstützung des Ökolandbaus fließt.

Einige Bundesländer haben sich sogar noch ehrgeizigere Ziele gesetzt. Bayern will nach einem erfolgreichen Volksentscheid zum Insektenschutz innerhalb eines Jahrzehnts den Flächenanteil des ökologischen Landbaus auf 30 Prozent steigern, Baden-Württemberg auf 30 bis 40 Prozent. Die südlichen Bundesländer haben es dabei leichter, weil sie über viele sogenannte Grenzertragsregionen verfügen. Gemeint sind damit die aus konventioneller Sicht eher wenig attraktiven Standorte, beispielsweise für Maschinen schlecht zugängliche Almen oder weniger intensiv genutzte Äcker und Wiesen in den Mittelgebirgen. Deswegen ist die Umstellung auf Ökolandbau dort vergleichsweise einfach möglich.

Anders sieht es etwa in Niedersachsen aus. Dort gibt es viele Standorte wie die Hildesheimer Börde, die auf konventionelle Weise sehr effizient bewirtschaftet werden: mit schwerem Gerät, synthetischem Dünger und Pflanzenschutzmitteln. Wenig verwunderlich, dass die Landesregierung bis 2030 nur einen Bioflächenanteil von 15 Prozent anstrebt – "in Abhängigkeit von der Marktentwicklung", wie sie angibt.

An drastischen Vorschlägen herrscht kein Mangel

Ob Deutschland also mehr Bioäcker schafft, ist eine Frage. Ob sich das auch in einem höheren Bioumsatz niederschlägt, eine andere. Wenn der jüngste Corona-Schub nicht wieder abflaut, schätzt der Berater Klaus Braun, könne in drei bis vier Jahren bundesweit zumindest die Zehn-Prozent-Marke bei den Umsätzen erreicht werden. Dann läge Deutschland in etwa gleichauf mit Schweden, das hinter Spitzenreiter Dänemark (11,5 Prozent Umsatzanteil) europaweit auf Platz zwei liegt. Für mehr Bio brauche es einen globalen Systemwechsel: die weltweite Abkehr von der industriellen Agrarwirtschaft, also jenem System, mit dessen Hilfe es in den vergangenen Jahrzehnten immerhin gelungen ist, das Hungerproblem einer wachsenden Menschheit zumindest einzudämmen.

Experten sind sich jedoch einig, dass eine weltweite Komplettumstellung auf Ökolandbau, wie sie Lobbyisten der Branche fordern, "für die absehbare Zukunft lediglich ein theoretisches Gedankenspiel" ist. So steht es in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) der Bundesregierung vom Juni vergangenen Jahres. Das Problem sei nicht nur die schleppende Nachfrage, heißt es darin, sondern vor allem die niedrigeren Erträge. Biobauern, die auf Kunstdünger und Spritzmittel verzichten, haben im weltweiten Durchschnitt zwischen 19 und 25 Prozent weniger Ernte als ihre konventionell arbeitenden Kollegen.

Falls sich an den globalen Ernährungs- und Konsumgewohnheiten nichts ändert, würde eine starke Ausweitung des biologischen Landbaus also den Bedarf an Ackerfläche dramatisch erhöhen. Umgekehrt bedeutet das nach einer Schätzung des WBAE: Sollte die weltweite Landwirtschaft nur zu 60 Prozent auf Bioproduktion umgestellt werden, müsste all die Ackerfläche, auf der derzeit Viehfutter angebaut wird, halbiert werden. Das wiederum ließe sich nur erreichen, wenn der globale Nutztierbestand um ein Drittel sinken würde und man viel stärker als bisher darauf achten würde, dass keine noch brauchbaren Lebensmittel weggeworfen werden. Nur dann könne ein höherer Landverbrauch wohl vermieden werden.

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft hält dagegen, dass sich die Konsum- und Ernährungsgewohnheiten mit mehr Bio ganz von allein ändern und in Zukunft weniger Fleisch gegessen werde. Dadurch könnte der Bedarf an Futtermitteln sinken, wodurch wiederum mehr Flächen für den Anbau weiterer Bioprodukte zur Verfügung stehen könnten.

An drastischen Vorschlägen herrscht kein Mangel: Quoten für regionale Produkte? Fleischsteuer? Staatlich verordnete Niedrigpreise für Biolebensmittel? Schließung von Großmastbetrieben? Werbeverbot für Billigfleisch, wie es Greenpeace fordert? "Es darf keine Tabus mehr geben", sagt Klaus Braun.

Womöglich ist es aber falsch, ökologische und konventionelle Landwirtschaft als unvereinbare Gegensätze zu betrachten. Auch im Gutachten des Wissenschaftsbeirats WBAE heißt es, Ökolandbau sei kein "Allheilmittel". So schonten Ökobauern zwar nachweislich Böden und Grundwasser und tragen zur Erhaltung der Artenvielfalt bei, ackern unter Berücksichtigung ihrer niedrigeren Erträge aber nicht unbedingt klimafreundlicher als ihre konventionellen Kollegen. Daraus lässt sich schließen: Wenn alle etwas mehr für die Umwelt tun als bisher, lässt sich insgesamt vielleicht mehr erreichen, als wenn die große Mehrheit weitermacht wie bisher – und die Einhaltung höchster Standards ein Nischenphänomen bleibt.